



FDP

Fraktion
Region Hannover

Redebeitrag des Fraktionsvorsitzenden Dieter Lüddecke
in der Regionsversammlung am 15.03.2005

Abfallwirtschaftskonzept 2005 – Forderungen der FDP nicht erfüllt.

Die FDP-Fraktion wird dieses Abfallwirtschaftskonzept ablehnen aus verschiedenen Gründen, die ich im Folgenden kurz erläutern werde. Vorab möchte ich jedoch betonen, dass wir in diesem Konzept durchaus auch positive Ansätze erkennen konnten. Daher möchte ich ausdrücklich den in die Arbeit investierten Aufwand seitens aha loben.

Beginnen möchte ich mit den Aussagen, die in diesem Konzept zum Thema Aufgabenerledigung getätigt werden und denen wir vehement widersprechen müssen: So wird im Konzept betont, man bediene sich zur Aufgabenerfüllung mit der Abfallentsorgungsgesellschaft Region Hannover mbH (arh) und der Abfallbehandlungszentrum Hannover GmbH (abz) eigener privatwirtschaftlicher Unternehmen. Unserer Ansicht nach zementiert dieses Konzept jedoch das Monopol von aha. Diese eigenen Unternehmen agieren nicht marktorientiert wie privatwirtschaftliche Wettbewerber dieses müssen, um im Wettbewerb am Markt bestehen zu können. Überdies konnten wir bisher kein ernsthaftes Engagement erkennen, nach Bedarf auch nichteigene privatwirtschaftliche Unternehmen mit Entsorgungsaufgaben zu betrauen, wie im Konzept festgeschrieben wurde. Unser erklärtes Ziel ist es, dafür zu kämpfen, dass dieses zumindest in Teilbereichen der Abfallwirtschaft zukünftig möglich wird.

Ich möchte in diesem Zusammenhang ein Zitat der IG BCE bringen, die im Rahmen einer Anhörung des Umweltausschusses im Niedersächsischen Landtag im Einvernehmen mit dem Unternehmensverband feststellte, dass zur Erreichung des Zieles, bis 2020 den Hausmüll in Deutschland vollständig und umweltverträglich zu verwerten, private Abfallentsorgungsunternehmen besser aufgestellt seien als kommunale Betriebe. Das nüchterne Urteil der IG BCE lautete hierzu: "Es ist davon auszugehen, dass solche Verfahren vom Grundsatz her eher industriellen Charakter aufweisen, als klassischen Aufgabenstellungen öffentlich-rechtlicher Betriebe zu entsprechen." Dieser Stellungnahme können wir uns nur lebhaft anschließen, denn durch das Einbinden privater Abfallentsorger, von denen in Deutschland über 3.000 im Wettbewerb miteinander stehen, wird der Druck größer, moderne Technologien zu entwickeln. Dieses ermöglicht nicht zuletzt auch faire Preise für die Gebührenzahler.

Einer weiterer wichtiger Kritikpunkt der FDP ist die Festlegung auf den Bau der Biologischen Abfallbehandlungsanlage in Lahe. Im Gegensatz zur rot-grünen Mehrheitsgruppe vertritt meine Fraktion die Auffassung, dass mit dieser rein ideologisch motivierten Festlegung weder aus ökologischer noch aus wirtschaftlicher Sicht zukunftsweisende Abfallpolitik betrieben werden kann.

Des weiteren wenden wir uns gegen die Einführung der Pflichttonne im gewerblichen Bereich. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass dieses juristisch unangreifbar ist, kritisieren aber, dass

hierdurch insbesondere kleine und mittelständische Betriebe stark belastet werden. Die Umkehr der Beweislast – also die Tatsache, dass die Gewerbetreibenden nachweisen müssen, dass bei Ihnen Abfälle nicht oder in geringerem Umfang, als von aha eingeordnet, anfallen - kann nur als kontraproduktiv und wenig kundenfreundlich bezeichnet werden.

Die geplante Einrichtung weiterer 40 Altglascontainer im Umland Hannovers erscheint uns als nicht ausreichend. Zudem hätten wir eine Lösung favorisiert, die auf eine Integration von Altglascontainern in neuen Verbrauchermärkten abzielt und die Bürgerinnen und Bürger vor Lärmbelästigung und Verschmutzungen im Umfeld von Altglascontainer-Standorten bewahrt. Leider sind Pläne in Lehrte für das Gelände der ehemaligen Zuckerfabrik gescheitert.

Abschließend möchte ich für die FDP-Fraktion betonen, dass wir dieses Konzept insgesamt als zu wenig zukunftsorientiert erachten. So hätten wir uns ausführliche Erläuterungen zu modernen Technologien in der Abfallentsorgung gewünscht, die das Separieren durch die Gebührenzahler zukünftig überflüssig machen werden, da neueste Untersuchungen in Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen ergaben, dass in naher Zukunft durch eine maschinelle Trennung des Restmülls sowie wiederverwertbarer Abfälle ein größerer Prozentsatz an Wertstoffen weitergenutzt werden kann.